

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestellen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Duartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 21.

Köln, den 25. Mai 1906.

VII. Jahrgang.

Die badische Fabrikinspektion im Jahre 1905.

I.

Weit über die Grenzen von Baden hinaus ist das soziale Verständnis bekannt geworden, das die Fabrikinspektion dieses Jahres unter der früheren Leitung gezeigt hat. Es erscheint auch sehr begreiflich, wenn man mit großer Aufmerksamkeit die Tätigkeit dieser Institution unter der neuen Leitung ohne ein endgültiges Urteil zu fällen, kann man heute schon behaupten, daß in den alten bewährten weitergewandelt wird. Das beweist ganz besonders der diesjährige Bericht, aus welchem im nachfolgenden bemerkenswerte Angaben wiedergegeben seien. Die Tätigkeit der so oft gehörten Klage, daß die Revisionen der Betriebe nur in viel zu weit auseinanderliegenden Zeitintervallen erfolge, wird durch den Hinweis dargetan, daß das Jahr 1905 der Fabrikinspektion eine Fülle von Arbeit und alle Kräfte unausgesetzt in Anspruch genommen. Der bereits in dem Berichte von 1904 gewünschte Vermehrung der Beamten, soll nun zunächst Rechnung getragen werden, daß ein weiterer Beamter stellt wird. Besonders zu begrüßen ist, daß aller Voraussicht nach, die Stelle mit einem ärztlich vorgebildeten Beamten wird. Mit Recht wird in dem Bericht hervorgehoben, die gesundheitlichen Verhältnisse in Fabrik und Werkstatt der gesamten Revisionsstätigkeit eine große Rolle spielen. Gerade die Entfernung und Verhütung von Schädlichkeiten der Arbeit des ärztlich zuständigen Beamten vorzuziehen bleiben, wo aber Gefahren in Betracht kommen, Natur erst durch Beobachtung der ihnen ausgefachten festgestellt werden kann, da habe der Arzt einzutreten. Das aber die Einstellung eines Beamten nicht genügt, die Wünsche der Arbeiterschaft nach öfteren Revisionen zu werden, wird durch die in dem Berichte angeführten am besten bewiesen. Obwohl im ganzen Reiche im Schnitt ein Gewerbeaufsichtsbeamter im Jahre 1904 die Betriebe besuchte, in Baden dagegen 375, also rund das Dreifache, ist der Prozentsatz der revidierten Fabriken bei geringer in Baden als im Reichsdurchschnitt. Während im ersten Lande nur 36,45% der Fabriken im Jahre 1904 (die Zahlen für 1905 sind weiter unten angegeben) revidiert wurden, betrug die Zahl im ganzen Reiche 22%. Dieses kommt eben daher, daß im Reiche auf durchschnittlich 548 Fabriken und 12150 Arbeiter ein Beamter fällt, während in Baden erst auf 1028 Fabriken und 1000 Arbeiter ein solcher tätig ist. Daß ein solches Verhältnis mit der Anstellung nur eines Beamten nicht vereinbar ist, ohne weiteres durch obige Zahlen nachgewiesen, wenn man bedenkt, daß neben der Revisionsstätigkeit eine Reihe anderer Arbeiten zu erledigen sind. Daß die Arbeiterschaft in wachsendem Maße Vertrauen in die Fabrikinspektion setzt, beweisen die Schriftsätze, die gegen dieselben eingelaufen sind und deren Zahl gegen 102 des Vorjahres beträgt. Davon sind 73 (56%) unmittelbar von den Arbeitern selbst und 59 (47) von ihren Vereinen, Organisationen usw. eingesandt worden. Zu öffentlichen Verhandlungen erschienen 93 (148) Arbeitgeber und aus dem Arbeiterstande 47 (77), zum Teil Vertreter der Organisationen. Demnach ist die Zahl der öffentlichen Verhandlungen im Abnehmen begriffen, auf welche Fälle dieses zurückzuführen ist, wird im Berichte nicht angegeben.

Die Mehrzahl der angebrachten Beschwerden hat sich begründet erwiesen. Es wird jedoch nicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß man die Fabrikinspektion nicht grundlosen Beschwerden belästigt. In dem Berichte besonders betont, daß solche Beschwerden, sowie allzu großes und übertriebenes Drängen, einen erheblichen Aufwands von Zeit und Arbeit verursachen. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, berechnete Beschwerden einzuwenden und zurückzuhalten. Vielmehr sollen die Kollegen die Mängel der Fabrikinspektion vertrauensvoll anbringen; eine Namensnennung durch dieselbe ist ja vollkommen ausgeschlossen. Wo man sich nicht selbst mit der Fabrikinspektion verbinden will, bringe man die Beschwerden durch Mitteilung der Sekretariate an dieselbe.

Durch den schlechten Besuch einer auswärtigen Fabrik in Mannheim abgehaltenen Sprechstunde, wird das von einem Vertreter abgegebene Urteil bestätigt, daß es besser wenn der Zeitpunkt zur Einbringung einer Beschwerde dem Arbeiter selbst gewählt wird, als wenn er für die Sprechstunde schnell einen Satz voll unerheblicher Klagen

Der Verkehr mit der Arbeiterschaft war, wie der Bericht anführt, ein durchweg ungetrübt. Es wird allen uneingeschränktes Lob gespendet. Bei der Erörterung mannigfacher und schwerwiegender Fragen, habe ein gesundes Urteil, Billigkeit, Ernst und stillliche Reife

in der überraschendsten Weise kundgetan. Ueber alles Lob erhaben sei die Ruhe, Sachlichkeit und Sachkenntnis eines Arbeiterausschusses gewesen, der in einem großen Ausmaß zu Mannheim die Arbeiterschaft in sehr schwierigen und klippenreichen Verhandlungen vertreten habe. In einem anderen Ausstände dagegen hätten sich die Führer der Organisation nur sehr unschmer von nichterfüllbaren Forderungen abbringen und zur Annahme eines loyalen Vertrages bestimmen lassen.

Das Verhältnis im Verkehr mit den Arbeitgebern sei im allgemeinen ebenfalls ein befriedigendes gewesen. Nach dieser Feststellung werden jedoch eine ganze Anzahl von unerfreulichen Ausnahmen dargelegt, die sich besonders auf kleinere und kleinere Betriebe beziehen. Sehr oft fehle noch bei den Arbeitgebern das Verständnis für die Stellung und die Aufgabe der Fabrikinspektion und manche Unternehmer zeigten außerdem diesen Mangel noch mit einer gewissen Absichtlichkeit. In vielen Fällen konnte man schon an dem Entgegenkommen eine gewisse Gereiztheit erkennen. Entrüstung und hartnäckige Weigerung zur Erfüllung bei gegebenen Anweisungen, zeigten sich nicht selten, ja in einem Falle war die Durchführung der gemachten Auflage erst zu erreichen, als die schriftliche Betriebsanweisung angefündigt worden war.

Tätigkeitsbericht des Sekretariats Bodum.

(Von November 1905 bis April 1906).

In der Gewerkschaftsbewegung ist systematische unermüdete Kleinarbeit der Kern des Erfolges. Für diese Arbeit ist besonders das Winterhalbjahr geeignet, und mit Recht erwartet man von dieser Periode einen größeren Aufschwung in der Agitation. Wenn nun auch nicht alle Erwartungen in den einzelnen Bezirken erfüllt sind, so ist doch die Entwicklung im allgemeinen gut voran geschritten. Besonders hat in einzelnen Zahlstellen die planmäßig und intensiv betriebene Hausagitation sehr schöne Erfolge gezeitigt. Den Bezirksvorsitzenden, sowie den Ortsvereinen und allen in der Agitation mit tätigen Kollegen gebührt besonderer Dank.

Vorträge wurden gehalten in 40 öffentlichen Versammlungen und 48 Mitglieder- und Werkstattversammlungen. Daneben sind noch 44 Sitzungen und sonstige Konferenzen besucht.

Der schriftliche Verkehr mit den Zahlstellen war ebenfalls bedeutend, denn je größer das Interesse der Mitglieder am Verbandsleben, um so mehr das Bestreben, neue Anregungen zu geben und zu empfangen. Eingegangen sind 112 Briefe, 205 Postkarten, 38 Drucksachen und 4 Telegramme. Ausgegangen sind 75 Briefe, 242 Karten, 228 Drucksachen und 5 Telegramme. Außerdem waren noch Rückrufe an das Reichsversicherungsamt, sowie Eingaben an Schul- und Steuerbehörden anzufertigen.

Auch die Presse erweist sich immer mehr als ein unentbehrliches Hilfsmittel in der Agitation. Wo es galt, für Aufklärung zu sorgen, bestehende Mißstände des wirtschaftlichen Lebens zu beseitigen, oder den Gegner zu enttarnen, wurden die Lokal- und Gewerkschaftspresse in geeigneter Weise benutzt. Das Entgegenkommen der Lokalpresse für unsere Sache ist erfreulicherweise im Steigen begriffen.

Der Erfolg all dieser Arbeit ist dann auch nicht ausgeblieben. An Mitgliedern waren am Schlusse des 3. Quartals 1905 in 48 Zahlstellen 2235 vorhanden, während am Schlusse des 1. Quartals 1906 55 Zahlstellen mit 2666 Mitgliedern zu verzeichnen sind. Genaue Mitgliederzahlen liegen freilich nur aus den beiden engeren Ruhrbezirken vor, während beim Sauerländer- und Paderborner-Bezirk die alten Mitgliederzahlen angenommen sind. Auch der Münsterische Bezirk weist eine Zunahme von über 100 Mitgliedern auf, so daß insgesamt rund 400 Mitglieder neu gewonnen sind.

Von der Notwendigkeit, höhere Beiträge zu leisten, sind wohl die meisten Zahlstellen überzeugt, denn von den 55 Zahlstellen erheben bereits 43 einen Lokalbeitrag, darunter 8 Zahlstellen von 20 Pfg. pro Woche. Etwas zurück in dieser Hinsicht ist noch der Münsterische, Sauerländerische und Paderborner-Bezirk. Doch ist zu hoffen, daß auch diese Bezirke schon wegen der zu führenden Lohnbewegungen zu einem höheren Beitrag wie bisher freiwillig übergeben.

Wenn auch naturgemäß während der Wintermonate die Lohnbewegungen zurückhalten, so machte sich doch sofort mit Eintritt des Frühjahr eine steigende Tendenz in dieser Hinsicht bemerkbar und zwar mit Recht. Denn bei der allgemeinen Preissteigerung aller Lebensmittel mußten die Kollegen auf einen Ausgleich bedacht sein. In Gladbeck gelang es bereits im Januar d. J. den Durchschnittslohn von 38 Pfg. auf 43 Pfg. zu erhöhen und zwar auf dem Verhandlungswege. In Forst-Emscher und Buer haben unsere jungen Zahlstellen ebenfalls ohne Kampf die Beseitigung der 11stündigen Arbeitszeit und dafür die 16stündige Arbeitszeit erreicht, dazu eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10%,

Besserbezahlung der Ueberstunden, Vergütung bei auswärtigen Arbeiten usw. An kleineren Differenzen waren zu beseitigen und sind erledigt durch Vorstellungsverträge je 2 in Bochum, Lippspringe und Hagen, 3 in Gelsenkirchen, 4 in Dortmund. Während bei manchen Arbeitgebern eine Abneigung bestand, mit dem Sekretär zu verhandeln, konnte doch in vielen Fällen ein Entgegenkommen konstatiert werden, was gewiß zum Vorteil für beide Teile gereicht. Im nächsten Halbjahr werden wir jedenfalls über eine größere Anzahl von Lohnbewegungen berichten, denn gegenwärtig macht sich sowohl in den größeren Städten des Ruhrreviers als auch in den weiteren Bezirken ein Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar. Und da wir bei diesem Streben den im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe sich zusammengeschlossenen Arbeitgebern gegenüber stehen, haben wir alle Veranlassung, auf der Hut zu sein. Größere Anforderungen werden an die gewerkschaftlichen Organisationen gestellt. Prüfen wir rechtzeitig, ob unser Verband auch in der Lage ist, allen Ansprüchen zu genügen. Auch für die Agitation sind mehr Mittel bereit zu stellen. Ganze Gebiete müssen in Westfalen noch bearbeitet werden, wo eine Kraft kaum ausreichend ist. Hoffentlich spricht auch hier der Verbandstag ein erlösendes Wort. An Opferwilligkeit werden es unsere Kollegen gewiß nicht fehlen lassen. S. Böhmcke.

Stimmen zum Verbandstage.

Als eine erfreuliche Tatsache kann wohl das Verlangen der meisten Stimmen zum Verbandstage, den Beitrag auf mindestens 50 Pfg. zu erhöhen, bezeichnet werden. Auch die Bremer Kollegen sind sich darin einig, daß wenn unser Verband für die Dauer der Anforderungen der Zeit gerecht werden soll, eine Beitragssteigerung notwendig ist. Die Kollegen aber, welche glauben, diesen Beitrag nicht leisten zu können, möchte ich bitten zu erwägen, ob nicht sie es sind, die den größten Nutzen aus dieser Aktion ziehen. Angenommen, es wird in einem Ort mit schlechten Löhnen ein Kampf geführt. Die Kollegen verdienen vielleicht 20 Mark die Woche, bekommen jedoch nur 15—17 Mark Streikunterstützung. Diese Kollegen haben nicht das Risiko, wie diejenigen, welche 30 Mark und mehr verdienen und nun doch die gleiche Streikunterstützung bekommen. Daß dort, wo die Löhne besser, die Anforderungen an den Geldbeutel auch stärkere sind, wird wohl kein Kollege in Abrede stellen wollen. Weil gerade die minder gut bezahlten Orte in nächster Zeit auf dem Plane erscheinen werden ihre Lage zu verbessern, ist es doppelt Pflicht dieser Mitglieder, jetzt mit Hand anzulegen und den Verband in die Lage versetzen zu helfen, daß er zu gegebener Zeit auch die Hoffnung der Mitglieder erfüllen kann. Zum Punkt Erwerbslosenunterstützung möchte ich noch bemerken, daß auch in unserer Ortsgruppe ein großer Teil der Kollegen Gewicht darauf legt. Die gegnerischen Organisationen, mit welchen wir zu rechnen haben, haben dieselbe und damit ein großartiges Werbematerial zur Hand, das nicht zu unterschätzen ist. Leider sind manche Kollegen vorhanden, welche den idealen Bestrebungen der Gewerkschaftsbewegung zu wenig Beachtung schenken. — Zum Schluß möchte ich mich noch den Ausführungen des Kollegen Käsehaag, Hannover anschließen, bezügl. der Freistellung eines Kollegen für den Norden. Th. Fischer, Bremen.

Bei unserer heutigen, gewiß nicht hohen Beitragsleistung, dürfte mancher Kollege schon die Frage aufgeworfen haben, wie es möglich ist, daß der Verband auf die Dauer die gewaltigen Kämpfe durchsetzen kann. Auch auf dem kommenden Verbandstage dürfte dieser Punkt keine untergeordnete Rolle spielen. Es werden ja manche Stimmen laut werden, die gegen eine gründliche Erhöhung der Beiträge sind, weil sie durch dieselbe einen Mitgliederverlust befürchten. Derartige Einwände wurden bei Beitragssteigerungen immer erhoben, ohne daß die gehegten Befürchtungen bei einer Durchführung eintrafen. Warum soll unser Verband bezüglich der Beitragsleistung hinter anderen christl. Gewerkschaften zurückstehen? Weshalb eine Staffelung der Beiträge und Schaffung von Kollegen erster und zweiter Klasse? Weshalb soll den Zahlstellen die Möglichkeit von Lokalunterstützungen, durch Fortfall von Lokalbeiträgen genommen werden? Die Vorschläge des Kollegen Kappler, Hamburg bringen uns nicht weiter wie wir heute sind. Alle Kollegen haben das Bedürfnis an der Gleichmäßigkeit der Unterstützungssätze, so wie sie aus der Hauptkasse gezahlt werden. Besteht ein Bedürfnis hierüber hinaus, so kann dasselbe an den einzelnen Orten durch Lokalausschläge befriedigt werden. Die Sätze der Orten durch Lokalausschläge gezahlten Unterstützungen dürfen jedoch, darüber sind alle Kollegen, gleich ob sie einen niederen oder höheren Beitrag zahlen, einig, nicht zu knapp bemessen sein. Soll dieses aber geschehen, dann müssen der Hauptkasse ganz andere Mittel zufließen, als wie es heute ge-

Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr.

schicht. Der Kernpunkt bei all den Reformvorschlägen, die zur Beitragsfrage gemacht werden, muß der sein, der Hauptkassse mehr Gelder zuzuführen zu lassen. Alle Vorschläge, die wohl für einen höheren Beitrag eintreten, aber verlangen, daß erstens ein größerer Prozentsatz der Gelder wie bisher in der Lokalkasse verbleiben und zweitens obendrein noch die Besoldung der Beamten aus Mitteln der Hauptkassse verlangen, sind daher undiskutabel.

Staffelbeiträge einzuführen würde eher ein Hemmnis als ein Fortschritt für den Verband bedeuten. Die Sache liegt denn doch so, daß die meisten Kollegen den einmal festgesetzten Beitrag zahlen und nicht mehr. Würde derselbe 50 Pfg. betragen, so würde auch dieser bezahlt, weil es doch jedem einflüchtigen Kollegen einleuchtet, daß der Verband große Mittel haben muß, andererseits den Kollegen mit niedrigen Beiträgen nicht gebietet werden kann. Abhilfe bei schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen kann eben nur durch einen vorhandenen starken Kampffond geschaffen werden. Würden Staffelbeiträge festgesetzt, so könnten wir alsbald erleben, daß eine Reihe Zahlstellen den niederen Beitrag wählen, bei Lohnkämpfen aber, mit den naturgemäß niederen Unterstützungssätzen nicht zufrieden sind und somit das Eintritt, was die Freunde der Staffelbeiträge verhindern wollen, nämlich: der Verfall der Zahlstelle.

Ein wöchentlicher Beitrag auf 50 Pfg. und die Abführung desselben bis auf einen kleinen Prozentsatz in die Hauptkassse, muß unser nächstes Ziel sein. Vielleicht wäre es angebracht, daß die Erhöhung nicht auf einmal vorgenommen, sondern der Beitrag halbjährlich um 10 Pfg. erhöht wird. Wir erreichten so am 1. Juli 1907 dann allgemein den genannten Satz. — Bei der Beitragserhöhung dürfte auch wohl der Wunsch vieler Kollegen, eine Vergrößerung unseres Verbandsorgans, in Erfüllung gehen. Otto Hessner, Mainz.

Unser Verbandstag rückt immer näher heran und ist bei dieser Gelegenheit wohl zu wünschen, daß die Frage einer systematischen Agitation unter den Tapezierern ihre Regelung findet. Es erscheint daher durchaus zweckmäßig, wenn die in unserm Verbands vorhandenen Tapeziereraktionen durch einen Delegierten auf der Generalversammlung vertreten werden. Ein Angehöriger irgend eines anderen Berufes ist eben nicht in der Lage, die Interessen der Tapezierer so zur Geltung zu bringen, als wie ein Berufsangehöriger. Ich hoffe somit, daß in dieser Beziehung den Tapeziereraktionen entgegen gekommen wird. Julius Krajewski, Essen.

Die in die Diskussion zum Verbandstage eingreifenden Kollegen sind sich allgemein darüber einig, daß mit einem Wochenbeitrag von 30 Pfg. nicht mehr viel zu machen ist. Die Kämpfe in der Holzbearbeitungsbranche werden immer schwerer und kostspieliger und da heißt es, bei Zeiten vorzusehen, daß die Kriegskasse unseres Verbandes gut gefüllt ist. Ueber die Höhe des Beitrags sind bereits verschiedene Ansichten geäußert. Schreiber dieser Zeilen ist der Ansicht, daß die Einführung eines einheitlichen Beitrags das Richtige ist und schlägt derselbe einen solchen von 40 Pfg. ohne jeden Abzug vor, so daß der ganze Wochenbeitrag an die Zentralkasse abgeliefert wird. Die Streitunterstützung wäre dann vom 1. Tage ab zu zahlen. Die Unterstützungssätze so zu belassen, wie es im jetzigen Statut niedergelegt, halte ich für das Richtige mit obiger Abänderung. Aufgabe der Zahlstellen ist es dann, einen Lokalbeitrag einzuführen, um für die örtliche Agitation die nötigen Mittel zu haben.

Einer Einführung der Krankenunterstützung stehe ich persönlich nicht sehr sympathisch gegenüber. Wir wollen eben eine Gewerkschaft und keinen Unterstützungsverein. Zudem besitzt man auf diesem Gebiet noch sehr wenig Erfahrung, um die Nachteile einer derartigen Unterstützung für die Kasserverhältnisse im voraus zu übersehen. Vorteile bringt sie uns nur in so weit, als die Agitation in den ländlichen Bezirken erleichtert wird. Es müßte dann auch ein höherer Beitrag als obengenannter eingeführt werden. Der Beitrag wäre dann auf 50 Pfg. festzusetzen, von dem der Ortsverwaltung 5 Pfg. verbleiben. Sodann könne die Krankenunterstützung nur vom 1. 7. 1907 eingeführt werden, damit zunächst ein Fond geschaffen würde. Zu den Staffelbeiträgen wird angeführt, daß in anderen Verbänden dieselben sich bewährt hätten. Diesem ist ja bereits in Nr. 20 entgegengetreten. Kollege Markgraf, Paderborn glaubt sodann, daß im Paderborner Bezirk die Lohnverhältnisse so schlecht seien, daß die Kollegen einen Beitrag von 50 Pfg. nicht zahlen könnten. Nun, im Schwarzwald und sonstigen Gegenden sind die Lohnverhältnisse noch trauriger und trotzdem sind die Kollegen für höhere Beiträge. Die Kollegen müssen nur kräftig aufgerüttelt werden. Bei jeder Beitragserhöhung sind Stimmen dagegen gewesen und es hat doch gegangen. Es mögen ja wohl einige Zahlstellen, die jetzt schon nicht leben und sterben können, eingehen. Diese sind auch nicht durch eine Staffelung der Beiträge zu retten. Später, das lehrt die Erfahrung, kommen auch diese Zahlstellen wieder. Dann erfahren wir aus den Abrechnungen, daß das Gegenteil von dem eintritt, was diese Bestimmten erwartet haben. Unser Verband steht heute kräftiger da als da und dasselbe wird auch nach einer Beitragserhöhung auf 40 oder 50 Pfg. der Fall sein. In dem Bericht des Kollegen Werder, Elm, wurde die Regelung der Sekretariatsbeiträge in den Bezirken, wo ein Sekretär freigestellt, angeprochen. Ich bin der Ansicht und ebenso die Mehrzahl der Kollegen im Ruhrgebiet, daß das jetzige System ein ganz ungeschicktes ist. Die Beamten sind aus der Hauptkassse und nicht durch Erhebung von Extrabeiträgen, zu bezahlen. Es wirkt dieses auch bestreuer auf die Beamten. Der Beamte besitzt dann eine ganz andere Autorität wie jetzt. Hoffen wir, daß der Verbandstag über alle diese Fragen zu einem guten Resultat kommt zum weiteren Gedeihen unseres Verbandes. Paul Schopohl, Dortmund.

In erfreulicher Weise haben sich die Kollegen unserer Organisation an der Diskussion zum Verbandstag beteiligt, und alle sind, mit Ausnahme des Kollegen Markgraf, Paderborn, für die Erhöhung des Beitrages eingetreten. Die fortwährende Machtentfaltung der Arbeitgeberverbände mahnt uns dringend für den Ausbau unserer Organisation Sorge zu tragen. Unsere Verbandskasse zu stärken ist unsere erste und heiligste Pflicht, damit wir den Anforderungen, die man heute an uns stellt, auch gewachsen sind. Aus diesem Grunde sind die Anträge der Kollegen den Beitrag auf 50 Pfg. zu erhöhen mit Freuden zu begrüßen und werden diese meines Erachtens auch auf dem Verbandstage die Mehrheit finden. Wenn nun von verschiedenen Seiten behauptet wird, daß die Kollegen, die unter bestehenden Verhältnissen zu leben gezwungen sind, nicht in der Lage seien, einen erhöhten Beitrag zu zahlen, so möchte ich erwidern, daß aber Kollegen die mit einem geringeren Lohn zufrieden sein müssen, dennoch manchen Groschen nutzlos ausgeben, welche sie dann gezwungen sind nützlich im Verband anzulegen. Die Klagen über so hohe Beiträge kommen nur daher, wo die Vereinsmitglieder in vollster Blüte steht. Die Erhöhung der Beiträge wird meines Erachtens die Wirkung haben, daß die minder bezahlten Kollegen endlich einsehen, daß man nur gestützt auf eine starke Organisation seine Lage verbessern kann. Die Kollegen in den ländlichen Industrieorten z. B. im Erzgebirge, Thüringen, im Westfalen usw. können doch nicht verlangen, daß der Verband, welcher mit allen Gegenden Deutschlands zu rechnen hat, solange sich gebuldet, bis auch sie in der Lage sind, höhere Beiträge zu zahlen, daß der Verband die Minderheit berücksichtigt, ist nicht angängig. Mit der Einführung eines einheitlichen Wochenbeitrages von 50 Pfg. halte ich es für gut, eine Erwerbslosenunterstützung einzuführen. Die bestehende Arbeitslosenunterstützung ist mit derselben zu verschmelzen. Sie kann zugleich den Kollegen bei der Arbeitslosigkeit und in Krankheitslagen zu Nutzen kommen. Wenn die Erwerbslosenunterstützung eingeführt wird, ist in allem etwas geleistet. Warum sollen wir dem tranken Kollegen, der ein gutes Mitglied ist, die Unterstützungen verweigern, kann er doch ebenso durch Krankheit in Not und Elend geraten als wie das bei Arbeitslosigkeit der Fall ist. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beeinträchtigt meiner Meinung den Kampfescharakter unserer Organisation nicht. Jedenfalls ist sie ein gutes Agitationsmittel, gerade dadurch, daß den Kollegen ein sichtbarer Vorteil geboten wird, sind sie leichter für unseren Verband zu gewinnen und können dann zu zielbewußten Mitgliedern herangebildet werden. Möge der Verbandstag, dem unsere Kollegen mit Spannung entgegen sehen, alles erwägen und dasjenige was dem Verbands und den gesamten christl. Holzarbeitern, die sich unter seine Fahne vereinigt haben, zum Nutzen ist, beschließen. Wilhelm Widmeyer, Sagen i. B.

Da schon verschiedene Mitglieder ihre jedenfalls alle gut gemeinten Ansichten über die Aufgaben des kommenden Verbandstages im Organ bekannt gegeben haben, möchte ich mich mit meiner Meinung nicht zurückhalten. Die Hauptfrage in sämtlichen Erörterungen nimmt selbstverständlich die Erhöhung des Verbandsbeitrages ein. Die Annahme auf dem letzten Verbandstage in Düsseldorf, daß durch die damals erfolgte 50%ige Erhöhung des Verbandsbeitrages vorläufig allen Anforderungen für längere Zeit genügt werden könnte, hat sich als irrig erwiesen. Die Erstarkung der Arbeitgeberverbände und das abweisende Verhalten derselben auch jeder gerechten Forderung gegenüber, macht eine Stärkung unserer Kriegskasse doppelt notwendig. Von hohem Werte ist es und von guter Aussicht für die Zukunft unseres Verbandes zeugt es, daß sämtliche veröffentlichten Zuschriften sich in der Notwendigkeit der Erhöhung des Verbandsbeitrages einig sind. Es handelt sich hauptsächlich bloß darum, wie ist dieses durchzuführen, ohne daß der Verband geschädigt und sein Vorwärtbringen aufgehoben wird. Nach reiflichem Nachdenken und langjähriger Beobachtung hat sich bei mir der Gedanke festgesetzt, daß wir nur durch Einführung der Staffelbeiträge dieses Ziel erreichen werden. Was den in Nr. 20 unseres Organs jenen Brief anbetrifft, von der Bestimmung der Staffelbeiträge abzusehen, so kann und darf uns solches nicht abhalten, das für richtig Erkannte auch zu vertreten. Jeder Gewerkschaftsführer und in kleineren Orten tätig gewesene Agitator wird mir darin Recht geben, daß es nicht möglich ist, bei einem Wochenbeitrag von 50 Pfg. hier die Kollegen dauernd zu organisieren.

Daß in Zukunft noch viel mehr wie bisher unsere Hauptagitationsstätigkeit auf dem Lande liegen wird, wird die weitere Entwicklung zeigen. Erstens schon um die in den größeren Städten erringenden und zu erringenden Erfolge sicher zu stellen. Zweitens, und das ist der Schwerpunkt, sind uns in den Großstädten gewisse Grenzen gezogen. Mit verschwindenden Ausnahmen sehen wir im Vergleich zum sozialdemokratischen Verband, daß wir nur einen Bruchteil der Kollegen zu organisieren vermögen. Eben deshalb weil der sogenannte "freie" Verband hier allorts das Heft in Händen hat. Folglich kommen für uns hauptsächlich die kleinen Städte und Landorte in Betracht. Führen wir nun Staffelbeiträge ein, so ist die Möglichkeit gegeben, auch in den kleinsten Ort mit den schlechtesten Erwerbsverhältnissen zu drängen. Wenn in Nr. 20 unseres Organs gesagt wird, die Einführung derselben sei nicht möglich wegen der verschieden festzusetzenden Unterstützungen, so muß ich dieses entschieden bestreiten. Als Kronzeuge wird der christliche Metallarbeiterverband angeführt. Setzt sich denn nicht die Hauptaufgabe unseres Verbandes auch aus Streitunterstützung zusammen? Also mit der Behauptung ist es nichts. Die weitere Behauptung, daß die einzelnen Unterstützungssätze sich nicht festlegen lassen, kann doch wohl nicht ernst genommen werden. Selbstverständlich würde diese Neuregelung etwas Arbeit kosten. Wo aber ein Wille, da ist auch ein Weg. Da wir unbedingt auch mehr Kollegen freizustellen müssen (auf 1000 Kollegen mindestens einen, wie ich hier einschalten möchte) diese alsdann in Gewerkschaft mit den einzelnen Bezirksvor-

sitzenden die Aufstellung der einzelnen Beitragsklassen nehmen könnten, so ist dies ganz gut durchzuführen. An Stelle möchte ich auch auf den christlichen Metallarbeiterverband hinweisen. Gerade seit der Einführung der Staffelbeiträge auf dem Verbandstage in Essen ist es demselben möglich worden, in jeden kleinsten Ort einzudringen. Nur so sich die gewaltigen Erfolge desselben erklären. Weiterweise ich auf verschiedene sozialdemokratische Verbände (siehe usw.) die auch Staffelbeiträge erheben. Auch der Schneiderverband wird dieselben jedenfalls auf dem diesjährigen Verbandstage einführen. Da die Verhältnisse dieser Verbände gerade so liegen wie bei uns, ist die Einführung von Staffelbeiträgen nur dringend zu empfehlen.

Entgegen Kollegen Kappler, Hamburg, möchte ich auch schlagen 7 Beitragsklassen einzuführen, da die alsdann zusehenden Unterstützungssätze für immer Günstigkeit haben, da die Arbeit dieselbe ist und eine gerechte Verteilung eintreten kann. Als Mindestbeitrag hätte 30 Pfg. zu sich um 5 Pfg. jedesmal erhöhend bis zu 60 Pfg. Maßgebend wäre der am Orte gültige Durchschnittslohn. So hoch der Stundenlohn, so hoch die Beitragsklasse. Anteil der Lokalkasse 1/10 der Einnahme könnte ruhig so bleiben wie bisher. Kollegen Kapplers Ansicht, die Lokalkasse alsdann abzuschaffen, teile ich aber durchaus nicht, im Gegenteil muß den Zahlstellen da Spielraum gelassen werden. Daß jemand in einem Orte etwas mehr bezahlt wie er später zu fordern hat, kann doch kein Grund sein, die Beiträge abzuschaffen. Da heißt es eben: Einer für Alle für Einen. Joh. Bachmann, ...

Eine der wichtigsten Arbeiten unsers diesjährigen Verbandstages wird ohne Zweifel die Erhöhung des Beitrages sein. Ein jeder Gewerkschaftler, der mit der Zeit geht, muß beobachten, daß es unter den bisherigen Umständen, niedrige Beiträge und hohe Unterstützungen mehr gehen kann. Die gewaltigen Kämpfe zwingen frühzeitig unsere Kassen zu stärken und ich spreche mich halb für einen einheitlichen Wochenbeitrag von 50 Pfg. aus. Freilich wird es wohl für manchen schwer sein, die 50 Pfg. Beitrag zu bezahlen und es ins Feld geführt, eine Staffelung der Beiträge einzuführen. Aber dieser Punkt hat seine Schattenseiten und bin ich einer Staffelung. Selbstverständlich muß mit der Erhöhung des Beitrages auch eine dementsprechende Erhöhung der Unterstützung eintreten. Ein erster Schritt wäre da wohl die Erwerbslose Unterstützung einzuführen, ähnlich wie bei dem sozialdem. Metallarbeiterverband. Wegen die Einführung der Krankenunterstützung bin ich deshalb, um unsere Krankenkassse nicht zu schädigen, auch schon viele Kollegen in andern Hilfsklassen anderweitig verifiziert. Das Unterstützungswesen leistet immer gute Dienste bei Agitation. Ebenfalls bin ich dafür, daß das Streikgeld vom ersten Tage ab bezahlt wird. Auch wird es zweckmäßig sein, wenn die Reiseunterstützung und das Sterbegeld wird. Kurz, wir müssen mit den Unterstützungen der Verbände Schritt halten. Für mich sind die Unterstützungen nur nebensächlich, mir kommt es vielmehr darauf an, in der Lage durch den Verband zu verbessern und das können wir durch zahlen hoher Beiträge. Auch müssen wir bestreben unsere Mitgliederzahl möglichst zu vermehren und gerade in Norddeutschland haben wir es wohl am allernötigsten, das von Seiten des Hauptvorstandes endlich getan wird. Mit aller Entschiedenheit müssen daher Zahlstellen in Norddeutschland darauf drängen, daß wir Beamten hierher bekommen. Durch die Erhöhung der Beiträge wird es wohl möglich sein, einen Kollegen für Deutschland freizustellen. Doppelt machte sich derselbe und verkehrt ist es, wenn in dieser Beziehung gespart soll. Tausende von Kollegen sind uns hier schon verloren gegangen, tausende gehen noch verloren, wenn hier nicht ein Wandel geschaffen wird. Jos. Eggeling, Gilsb...

Der Einführung von Staffelbeiträgen wird Nr. 19 unseres Verbandsorgans das Wort geredet. Grundet wird die Zweckmäßigkeit derselben damit, daß unbedingt notwendig werdende Beitragserhöhung, einheitlich geregelt werden soll, womöglich mancher das Lebenslicht ausblasen würde.

So kritisch, meine ich, sei die Sache denn doch aufzufassen. Ich will allerdings nicht bestreiten, daß einem Kollegen der 30 Mk. und mehr die Woche leichter ist 50 und 60 Pfg. pro Woche an Beiträgen zu zahlen, wie einem anderen, dessen Wochenverdienst vielleicht 15 Mk. stellt, 35 Pfg. Lasten ist meiner Ansicht aber, daß Orte, in denen letzterer Lohn wurde, erst seit kurzer Zeit organisiert sind, aber gerechnet, die Verbandskasse in weit höherem Maße spruch nehmen, wie Ortskassen, welche die Fröhliche Organisation schon längere Zeit kosten und somit Jahre lang ihre Beiträge dem Verbands zuführen überaus schlechten Arbeitsverhältnisse aber bringen es mit sich, daß wir in den neu zu gründenden Zahlstellen das erleben werden. Wollen wir aber Staffelbeiträge einführen, so müssen wir auch Staffelunterstützungen zahlen, d. h. Unterstützungen, die den geleisteten Beiträgen angepaßt sind. Haben nun aber solche schlecht und Kollegen verhältnismäßig hohe Beiträge entrichtet, so sie auch verhältnismäßig hohe Unterstützungen erhalten, also das Geld, welches sie bei Staffelbeiträgen gespart durch die höheren Unterstützungen schon mit Rins und Zins wieder erheben. Vorteile würden darum Kollegen, die die niedrigen Beiträge bezahlen durchwegs nicht dadurch erzielen.

Würden wir uns aber dem Vorschlage auf Grund der Zahlstellen in zwei Klassen Beitragszahler gegenüberstellen, so müssen wir damit rechnen, daß den Tischlern auch Stellmacher, Küfer, Tapezierer...

die sich durchaus nicht auf eine Lohnsteigerung stellen lassen, wenn Verbände angeschlossen haben. Reichters lassen sich Beiträge in reinen Berufsorganisationen einführen. Die nicht untergeordnete Rolle in dieser Sache würde aber die Kassenverwaltung spielen.

Ich mache deshalb folgenden Vorschlag: Erhöhen den ordentlichen Verbandsbeitrag auf 40 Pfg. Höhe und legen wir 35 Pfg. hiervon in die Kassen. Bleiben wir bei dem alten System und überlassen den Ortsverwaltungen, mit Zustimmung ihrer Mitglieder Sozialbeiträge und möglichst hohe zu erheben, die ja meistens nur zu Unterstützungszwecken verwendet werden. Die Lokalbeiträge werden ja gerade tragfähige Schultern tragen und die Lokalunterstützungen kommen denen zugute, die hohen Sozialbeiträge geleistet haben, die aber auch wegen ihrer meist teuren Lebenshaltung bei Arbeitslosigkeit Unterstützungen am notwendigsten gebrauchen.

D. Wullen, Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 21. Monatsbeitrag für die Zeit vom 20.—26. Mai 1906 fällig ist.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages wöchentlich 15 Pfg. erhält die Zahlstelle Baals.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede Woche Rechenschaftsbericht über den Stand der Bewegung zu senden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort. Zugzug ist fernzuhalten von Schreibern nach Düren, Köln, Gießen, Neustadt, Westpreußen, Worms (Schreiner), Heilbronn (Heilbronner Fahrzeugfabrik), Düren, Rhein, (Firma Dünmüller), Billingen, Karlsruhe, Hamburg (Firma Beh) und Mülhausen i. E. — Schreibern und Maschinenarbeitern nach Düren und Wege — von Schreibern, Bildhauern und Drechslern nach Bonn (Schreinerwarenfabrik Sirede und Pianofabrik Köhling), — von Schreibern und Stuhlbaue nach Celle und Schleiden (Firma A. G. Böhm), — von Schreibern und Glaser nach Hildesheim (Firma Heber & Diehl), — von Stellmachern nach Hildesheim, Bremen und Köln, — von Modellistern nach Hannover, Braunschweig und Breslau — von Bürstenmachern nach Hamburg, Pilsen und Goh, Niederrhein, — von Sägemännern nach Bremen.

In der Schweiz sind folgende Orte strengstens zu meiden: Wagner, Schreiner, Glaser und Zimmerer, (E. Zürich) Firma Köhling, Glaser und Schreiner, Gießen, Holzarbeiter aller Berufe.

Der Streik in Mannheim beendet. Auf die von den Kollegen gestellten Forderungen hatten die Arbeitgeber mit nachgebenden Zugeständnissen geantwortet, die teilweise noch Nachbesserungen enthielten. Wie sich später im Laufe der Verhandlungen, infolge einer unter den Arbeitgebern entstandenen Uneinigkeit, herausstellte, war man dabei von der Absicht ausgegangen, daß die Gehilfen noch einmal einen Bittbrief unternehmen würden. Die schnelle und vollständig durchgeführte Arbeitsüberlegung, die nicht erwartet und höchst unheimlich war, führte die Unternehmer bald zu Verhandlungen, deren Verlauf ganz bedeutende Zugeständnisse gemacht wurden. Nachstehend lassen wir den abgeschlossenen Vertrag bekannt:

Arbeitsvertrag

- Schreiner und Maschinenarbeiter Mannheims, abgeschlossen zwischen der Schreinermeistervereinigung und den der Lohnbewegung nicht angeschlossenen Arbeitgebern einerseits, und dem Holzarbeiterverband andererseits:
- Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, und fällt in die Zeit von morgens 7 bis abends 6 Uhr mit 1 1/2 stündiger Mittagspause.
- Der Minimallohn für Schreiner und Maschinenarbeiter über 20 Jahren beträgt 40 Pfg., für solche über 20 Jahre 45 Pfg. Die erste Jahr nach der Lehre, sowie bei den durch Gebrechen der Arbeitsleistung beschränkten Arbeitern, unterliegt der Lohn der freien Vereinbarung.
- Auf alle bisherigen Löhne erfolgt ein Zuschlag von 4 Pfg. pro Stunde. In denjenigen Betrieben, in denen die 9 stündige Arbeitszeit bisher bestand, die Lohnrechnung aber nach 9 1/2 und 10 Stunden erfolgte, wird letztere in 9 Stunden umgerechnet. Hierzu dann obiger Zuschlag gemäß.
- Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Müssen solche gemacht werden, so erfolgt ein Zuschlag von 15 Pfg.; für Nacht- und Sonntagsarbeit 25 Pfg. pro Stunde. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von abends 8 bis morgens 6 Uhr.
- Werkstattschreiner, welche im Neu- oder Umbau arbeiten, erhalten einen Zuschlag von 25%.
- Für Montagearbeiten, wo den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, zum Mittagessen nach Hause zu fahren, erfolgt neben dem Gehalt ein Zuschlag von 1 Mk. pro Tag; muß nicht werden, so beträgt der Zuschlag 2,50 Mk. pro Tag. Besonders teure Orte, wie Baderode und Bergl. unterliegt der Zuschlag der freien Vereinbarung, Kauf- oder Fahrzeit wird, die nicht in die übrige Arbeitszeit fällt, als Arbeitszeit gerechnet.
- Bei nicht regelmäßig wiederkehrenden Aufträgen ist der Lohn zu garantieren. Derselbe darf nicht unterschritten werden. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich und muß spätestens am Monatsende erfolgt sein, längeres Warten wird als Uebervergütung.
- Gegenseitige Kündigung findet nicht statt.
- Der bestehende Vertrag hat Gültigkeit bis 1. Mai 1907 und wird von diesem Tage an einseitig 1/2 Jahr kündbar.
- Vorher betrug die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden und ist durch die 9 stündige Arbeitszeit, sowie durch die sonstigen Bestimmungen des Vertrages, ein großer Fortschritt erzielt.

Wie der Vertrag erkennen läßt, ist er von unserer Verbände besonders abgeschlossen worden. Man konnte es nämlich im roten Verbände nicht übers Herz bringen, mit uns gemeinsam vorzugehen, so daß wir die Forderungen getrennt einreichten und auch den Vertrag gesondert abgeschlossen haben. Da die Verhandlungen aber mit den Arbeitgebern gleichzeitig mit beiden Verbänden geführt wurden, enthalten beide Verträge die gleichen Bestimmungen.

Da Mannheim und Ludwigshafen räumlich nur durch den Rheinstrom getrennt sind, war es nahezu selbstverständlich, daß hier die gleichen Forderungen gestellt wurden, wie in Mannheim. Da nun in letzterer Stadt der Vertrag bereits abgeschlossen war, als in Ludwigshafen die endgültigen Verhandlungen begannen, konnte man den Ausgang so ziemlich voraussehen. Es wurde dann auch nach längeren Verhandlungen im wesentlichen der gleiche Vertrag abgeschlossen, wie in Mannheim. Hier zeigte sich die „Freie“ noch etwas unzulässiger als in Mannheim. Einen Vertreter wollte man uns nicht geben. Ja es wurde sogar von einigen ganz „Freie“ gesagt, daß man lieber die ganze Bewegung scheitern, als uns an den Verhandlungen teilnehmen lasse. Aber bekanntlich redet ein altes Sprichwort von nicht so heiß essen, als es gekostet wird. Durch die gesonderte Einreichung unserer Forderungen erhielten wir selbstverständlich auch die Einladung zu den Verhandlungen, woran wir uns auch wie am Abichstafte des Vertrages ungestört beteiligten. Ob man uns also anerkennen wollte oder nicht, dabei sind wir doch gewesen.

Zur Lohnbewegung der Schreiner in München. Der von der Zeitung des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gemachte Versuch, unsere Zahlstelle von dem Tarifausschuß auszukasteln, ist mißlungen. Somit war die große Freude über das „an die Wand drücken“ nur von kurzer Dauer. Nach dem Gewaltakt der „Genossen“ setzte sich unsere Zahlstelle mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung, mit dem dann auch der Tarif abgeschlossen wurde. Da der mit den „Genossen“ abgeschlossene Vertrag in den wesentlichsten Punkten unserer Forderung entspricht, hatten wir keine Veranlassung, daran außer einigen Punkten eine Änderung vorzunehmen. Der Tarif läuft auf zwei Jahre, wird derselbe 3 Monate vor Ablauf der Kündigungsfrist nicht gekündigt, so läuft derselbe auf 1 Jahr weiter. Unser selbständiger Abschluß verursacht begreiflicherweise den Gegnern großen Kummer. Nach Aussage des Gauleiters sollte die Münchner Lohnbewegung ein Nachkriegsmodell für Köln sein, nun ist aber der ganze unglückliche Plan in die Brüche gegangen. Durch ihr Verhalten, besonders aber mit dem kategorischen „wir verhandeln mit den Christlichen nicht“, haben die Genossen den Beweis geliefert, daß zwischen ihnen und dem größten Schachmacherverband fast kein Unterschied besteht, wenn es gilt die Organisation anzugreifen. An Prozigkeit kommen sich die beiden gleich. In diesem Falle waren die Arbeitgeber freizulassen als die Freiheitsapostel.

Zum Streit in St. Gallen. Die sechste Streikwoche hat im Neupern keine Veränderungen gebracht, als daß die Kollegen gegenüber dem Progenstandpunkt der Meister um so unentwegter auf ihren gerechten Forderungen beharren. In ihren Organen rufen die Unternehmer verzweifelt nach der Polizei gegen die „unerhörten“ Ausschreitungen der Arbeiter. Aber o Fronie! Drei Meister sind bereits in Strafe gezogen worden wegen Ausschreitungen gegen die Arbeiter, zwei weitere gerichtlich angezeigt, weil sie im Kampfe um den 10 Stunden Tag Regenschirme und Hündholzsteine als Waffe benutzten und Streikende blutig verletzten. Dagegen enthält der Polizeibericht bisher noch keine Klage gegen die Arbeiter. 20 Meister haben die Forderungen unterschriftlich bewilligt, und ist bei diesen die Arbeit wieder aufgenommen worden. Alle Versuche der Meister, Streikbrecher heranzuziehen, waren ohne Erfolg, trotz des eifrigsten Liebeswerben in den ausländischen Blättern, dank der organisierten Kollegen allerwärts. Die gährende Uneinigkeit bei den Meistern ist, sobald sie zum Ausbruch gelangt, das Ende des Kampfes zu Gunsten der Kollegen.

Lohnbewegung der Sattler in Köln. Die Sattler der Firma Balbach haben ihre Kündigung eingereicht, nachdem Herr B. die von den Kollegen gestellten Forderungen rundweg ablehnte. Gefordert wurde die 9 stündige Arbeitszeit, ein Zuschlag auf die Akkordpreise von 10% und eine Erhöhung des Stundenlohnes und zwar in der Höhe, daß das bisherige Tagesverdienst erreicht wird. Außerdem verlangen die Kollegen die Festsetzung eines Minimallohnes von 42 Pfg. Die Firma ist ein erblaffiges Geschäft und macht hauptsächlich in besseren Geschirren und Koffern. In fast allen gleichen Geschäften besteht in den Großstädten Deutschlands die 9 stündige Arbeitszeit. Nach Einreichung der Kündigung ließ die Firma die Leute zusammenrufen und erklärte die Arbeitszeit um eine halbe Stunde täglich verkürzt zu wollen. Offenlich kommt Herr B. auch noch zu der Einsicht, daß es besser ist, den Arbeitern in allen Punkten entgegenzukommen, als es auf einen Kampf ankommen zu lassen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Neustadt (Westpreußen). Etwa eine Stunde Weges von Neustadt befindet sich seit 6 Jahren auf einer Stelle, die früher einer Zellstoff- und Papierfabrik Platz bot, eine Fabrik, die mit den modernsten Maschinen und Apparaten ausgerüstet, sich nur der Fabrikation von Sigmöbeln widmet. Zu ihren Gründern gehört auch der in ganz Deutschland und über seine Grenzen hinaus bekannte Millionär-Schwimmler Gerhard Zerlinden aus Oberhausen in Rheinland. Noch wurde im Jahre 1900 erst ein Teil der mehrere Millionen kostenden baulichen Anlagen fertig gestellt, als auch schon wichtig auf das damalige Spezialfabrikat (ein Stuhl-Patent: Kehlinden) losfabriert wurde. Hunderte von Arbeitern von den umliegenden Dörfern, die sich so lange vor der Bewirtung ihrer heimischen Scholle gewidmet hatten, wandten sich diesem neuen Unternehmen zu. Es wurden in der ersten Zeit auch anständige Löhne gezahlt. Akkordarbeit wurde nur teilweise verwendet, Stundenlöhne für gelernte Holzarbeiter (Tischler, Strickmacher, Stuhlbaue usw.) schwankten zwischen

30—35 Pfg. Ungelernte Arbeiter (Machschonarbeiter u.) erhielten 20—25 Pfg. und darüber. Für die beschriebenen Ansprüche, die der westpreussische Arbeiter an das Leben stellt, zu damaliger Zeit ein Lohn, bei dem sich der Arbeiter zufrieden geben konnte. Doch bald sollte es anders werden. Die Stundenarbeit wurde durch Akkordarbeit ersetzt, die Stundenlöhne heruntergeholt, Materialien mußten durch die Arbeiter erst käuflich erworben und dann verarbeitet werden, Werkzeuge u. dergl. mußte der Arbeiter ebenfalls selbst beschaffen. Und die Arbeiter, weil es an einer Organisation mangelte, mußten sich den Anordnungen der Direktoren, Beamten und Unterbeamten fügen. Es fehlte eben der Zusammenschluß aller Arbeiter, der auch dieser wirtschaftlich entsetzlichen Menschenklasse ihre Rechte wirksam vertreten läßt. Eine Gegenüberstellung der Verhältnisse zwischen den Jahren 1900 und 1906 ist am besten geeignet die Lage der Arbeiter in dieser Fabrik näher zu beleuchten. Im Jahre 1900 wurde ein Stundenlohn an gelernte Arbeiter von 30—35 Pfg. gezahlt. Heute nach 5 1/2 Jahren werden ihm 20—25 Pfg. zugestanden. Im Jahre 1900 erhielt der Maschinen-Arbeiter 20—25 Pfg. die Stunde, heute 16—20 Pfg. In Ausnahmefällen 22 Pfg. Es wurden im Akkord gezahlt im Jahre 1900 für 100 Stühle 5,00 Mk.; im Jahre 1906 3,50 Mk.; im Jahre 1900 für 100 Koffstühle 5,00 Mk.; im Jahre 1906 1,50 Mk. Dazu liefert der Arbeiter heute noch Werkzeug und Materialien, wie Glaspapier u. s. w. Daher kommt es auch, daß ein Arbeiter heute bei der größten Anstrengung bei 10 stündiger Arbeitszeit 1,50—1,80 Mk. verdient. Genau wie in obigem Beispiel verhält es sich in allen anderen Fächern, so beim Polieren, Schleifen usw. Nebenbei herrscht noch ein Strafsystem. Passiert einem Arbeiter das Nachsehen, daß er sich morgens verspätet, so werden ihm für die Zeit von 6—8 Uhr morgens neben dem Ausfall an Lohn, den er erleidet, noch 25 Pfg. extra abgezogen. Fehlt der Arbeiter aber den ganzen Tag, dann hat er 1 Mk. Strafe verurteilt. Für überhaupt die geringsten Vergehen werden den Arbeiter Strafen von 50 Pfg. bis eine Mk. und darüber publiziert. Die Lohnzahlung erfolgt monatlich 2 mal, nach dem 15. und 1. des Monats. Es kommt so auch vor, daß der Arbeiter 3 Wochen auf seine fäher verdienten Groschen warten muß. Fürwahr Verhältnisse, die beseitigt werden müssen. Jetzt endlich sind die Arbeiter aus ihrem Schlafe aufgewacht. Sie haben eingesehen, daß es so nicht weiter gehen kann. Es muß anders werden und wird anders werden, wenn der einmal betretene Weg der Selbsthilfe von den Arbeitern nicht verlassen wird. Erkannt zu haben scheinen es ja alle Arbeiter. Hier kurz die Beweise: Am 25. März d. J. traten 93 Arbeiter dem christlichen Holzarbeiterverbande bei. In den folgenden 14 Tagen weitere 102 Arbeiter. Und heute zählt ihre Zahl bereits über 300. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, daß es höchste Zeit war, hier den Organisationsgedanken zu verwirklichen. Zum Schluß aber noch die eine Warnung: Kollegen der Sozialistenschuhfabrik haltet fest an eurer Organisation, werbt unermüdet neue Mitglieder. Und ihr Vertrauensmänner und sonstigen Verbandsfunktionäre beweist, daß es euch mit der euch angebotenen und gern angenommenen Pflicht heiliger Ernst ist. Ein jeder tue seine Pflicht; in dieser Hinsicht aller Erstes.

Schramberg. Eine gut besuchte Versammlung hielt unsere Zahlstelle am 12. Mai ab. Kollege Hoffmeister referierte in derselben in vorzüglicher Weise über die Zweckmäßigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Es wäre nur zu wünschen, daß die Kollegen immer so zahlreich und wenn eben möglich auch noch zahlreicher in den Versammlungen erschienen als wie in dieser.

Nürnberg. Eßt sozialdemokratisch. So könnte man antworten, wenn man die Taten der „Genossen“ in den sozialdem. Hochburgen etwas näher ansieht. Nürnberg a. B. ist so eine Hochburg, in der die „Genossen“ nach ihrer Art haufen. Daß da der Sozialgeist oft in etwas gravierender Weise an den Tag tritt, nimmt nicht wunder; aber wenn Dinge vorkommen, wie es u. a. bei der heutigen Meisterei der Fall war, so wird nicht nur etwa der Instig, der zuschaut, sondern auch viele in den eigenen Reihen. Ist die Art der Propaganda für diesen „Weltfeind“ an sich schon fast ekelhaft, so kann man einen wahren Abscheu vor den Sozialisten bekommen, wenn man die Vorkommnisse in den Schudertwerken betrachtet. Diejenigen, die von solchen Dingen geführt, dabei belogen und betrogen werden, kann man nur bemitleiden. Die Direktion in jenen Werken hat nämlich bekannt gegeben, daß alle, welche den 1. Mai feiern, entlassen und nur nach Guhldanten und Bedarf wieder eingestellt werden, die Wiederereinstellen aber als ihrer Rechte verlustig gehen, die sie sich durch langjährige Dienstzeit an den Hochfahrtsanordnungen der Fabrik erworben haben. Dieser Beschluß ging den „Genossen“ wieder den Strich und sie sandten 3 Mann zur Direktion, daß der Beschluß zurückgenommen werden möge, was aber nicht geschah. Statt daß nun die „Firma“-Genossen ihren Arbeitskollegen den Sachverhalt wahrheitsgetreu berichteten, logen sie ihnen vor, die Direktion hätte den Beschluß zurückgenommen und die Vertrauensleute konnten die Arbeiter gar nicht genug auffordern, zu feiern. Am 1. Mai blieben nun auch eine große Anzahl von Arbeitern der Arbeit fern, während sich die „Vertrauens“-Leute in letzter Minute in den Betrieb drückten und arbeiteten. Dieselben hatten ihre Schuldigkeit getan und waren geborgen, aber die feiernden Kameraden waren die blamierten Europäer, denn diese bekamen noch im Laufe des ersten Mai ihre Entlassung zugesichert. Es kostete viele Mühe, daß die Arbeiter wieder eingestellt wurden nach einigen Tagen, aber ihre Rechte sind und bleiben verloren. Das eine Gute hat der Raffeienschwindel an sich gehabt, daß er sehr vielen die Augen öffnete, wozin die Nase geht und maffiert. Er trat in die freien Gewerkschaftler auf dieses hin aus ihrer Organisation aus, um größtenteils dem christlichen Metallarbeiterverband beizutreten. Und kann es recht sein, wenn der sozial. Schwindel so offen zu Tage tritt und daß er recht erkannt wird von ihren eigenen Leuten. Allerdings sind davon noch viele, die, trotzdem sie Augen haben, doch nicht sehen. Diese sahen auch jetzt noch fort, ihre sozial. Bruderverliebe nach bekannter Art, namentlich den jetzt umjomeht verhassten Christlichen gegenüber an den Tag zu legen. Die Gewerbegerichtswächter die am 16. Mai hier stattfanden, legten hierfür ein herabtes Zeugnis ab. Hoheitsakte gemeinsten Art haben sich die von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kriegenden Genossen zu schulden kommen lassen. Schimpfwörter, Anverwundungen fanden auf der Tagesordnung. Man schaute sich nicht die Zeitverteiler anderer Organisationen anzugucken u. a. m. Bei dieser Gelegenheit konnte man die erzieherische Tätigkeit der sozial. Gepapst und Presse beobachten. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß auch Stramm nicht-sozialistische Zettel in die Wahlurne fielen, obwohl dieselben ihren Zweck nicht erreichen konnten, da in Nürnberg die Verhältnisse noch nicht eingeführt ist. Wäre dieselbe eingeführt, so wäre die Zeit vorbei, wo nur Sozialdemokraten das Gewerbegericht besetzen. Es ist deshalb um so höher einzuschätzen, daß so gewählt wurde, weil dadurch die Arbeiter gezeigt haben, daß die sozial. Dummheit auch in ihrer Hochburg in den Himmel waffeln. Und wenn die Sozialdemokraten so fort fahren, nach ihrer Art tätig zu sein, dann können wir sagen, daß unser Weizen blüht, denn sie öffnen dabei

Ihren eigenen Leuten die Augen und zeigen Ihnen den Weg zu den christlichen Gewerkschaften. Hier werden Sie dann finden, was Sie dort vermissen haben: Wahre Arbeiterföhrbarkeit und praktische soziale Arbeit.

Steuertrab. Nach einhalbjähigem Bestehen unserer Zahlstelle erwachsen sind bereits bedeutende Aufgaben. Es sei hier nur an die demnächst stattfindende Gewerbelegierungsabstimmung erinnert. Zu hoffen ist, daß alle Kollegen ohne Ausnahme ihre Pflicht erfüllen. Es ist dieses umso mehr notwendig, als von oben herab für die Arbeiterklasse ein nicht zu günstiger Wind weht. Besonders haben die Worte des Kollegen Böhmers, in unserer Versammlung vom 1. April dazu beigetragen, daß die Kollegen mit neuer Begeisterung in Zukunft den gewerkschaftlichen Aufgaben gerecht werden. — Auch sei an dieser Stelle an das neugegründete Ortskartell und an den Unterrichtskursus erinnert. Die Beteiligung an letzterem möchte sich jedes Mitglied unserer Zahlstelle zur Pflicht machen. Liegt die Erweiterung des Wissens doch im Interesse eines jeden.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftssekretär gesucht. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln, sucht zum baldigen Eintritt einen Gewerkschaftssekretär. Derselbe muß organisatorisches Talent und gute Kenntnisse der sozialen Gesetzgebung besitzen. Außerdem ist längere Mitgliedschaft einer christl. Gewerkschaft erforderlich. Bewerbungen sind unter Beifügung des Lebenslaufes und einer Abhandlung über „die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs“ bis zum 15. Juni d. J. an den Vorsitzenden des Kartells, Rudolf Fischer, Köln, Palmstraße 14 zu richten.

Note Terroristen am Pranger. In Bremen besteht der sozialdemokr. Holzarbeiterverband wahre Prachsexemplare von freiheitskriegerischen „Genossen“. Wir hatten wiederholt schon Gelegenheit festzustellen, in welcher Weise unsere Verbandskollegen dort von den „Holzgenossen“ terrorisiert wurden. In Nr. 51 unseres Organs vom v. J. wurde u. a. berichtet, daß vier Mitglieder des soziald. Holzarbeiterverbandes, darunter der Vorsitzende der Zahlstelle Bremen, Binger, wegen ihres „humanen“ Vorgehens gegen Mitglieder unseres Verbandes vom Schöffengerichte zu 20 bis 40 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Gleichzeitig wurde ein neuer Fall, der sich in Hemelingen bei Bremengetragen hatte, registriert. Hier wurden einige Mitglieder unseres Verbandes in einer Möbelfabrik eingekerkert. Diese Tatsache paßte den dort beschäftigten „Genossen“ nicht in den Kram und verlangten sie vom Arbeitgeber die Entlassung unserer Kollegen. Der Arbeitgeber sagte deren Entlassung unter dem Druck der Verhältnisse dem auch für den Abend zu. Doch hiermit stellten sich die „Genossen“ nicht zufrieden und verlangten die Entlassung auf der Stelle. Als ihnen der Arbeitgeber bemerkte, daß er sich soweit nicht herbeilasse und sein Wille in dieser Beziehung maßgebend sei, legten sie direkt die Arbeit nieder. Schon als unsere Kollegen die Arbeit aufnahmen, trat ihnen ein rabiatere „Genosse“ namens Rabe mit erhobener Faust entgegen und erklärte, daß es eine Gemeinheit von ihnen sei, daß sie nicht dem „freien“ Verbandsangehörten.

Am Abend desselben Tages, an dem die „Genossen“ die Arbeit niederlegten, glaubten sie dann gleich zeigen zu müssen, wie weit ihr Raufboldentum sich schon entwickelt hatte. Man posierte sich am Eingange der Fabrik und suchte unsere herauskommenden Kollegen zu überreden dem soziald. Verbands beizutreten. Als diese das Ansuchen zurückwiesen, erlöste plötzlich aus der Gruppe der „Genossen“ ein Pfiff und die Verprügelung unserer Verbandsmitglieder nahm ihren Anfang. Der schon genannte Rabe, sowie das Mitglied Jurenka des sozialdemokratischen Verbandes taten sich hierbei besonders hervor. Letzterer warf sogar mit Steinen, während ersterer mächtige Faustschläge in das Gesicht eines Kollegen ausstellte. Wegen dieser Begelegerei und der in den folgenden Tagen sich immer wiederholenden Belästigungen, hatten sich nun am 3. Mai die beiden genannten „Holzgenossen“ Rabe und Jurenka vor dem Schöffengerichte in Ahim zu ver-

antworten. Rabe wurde zu zwei Monaten und Jurenka zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Gegen den immer mehr zu Tage tretenden, durch den vorliegenden Fall so recht illustrierten unerhörten Terrorismus der Anhänger der Sozialdemokratie, einer Partei, die selbst die Freiheit des Individuums als obersten Grundsatz predigt, helfen nicht Geldstrafen, sondern nur empfindliche Freiheitsstrafen, die den Beteiligten und Gleichgesinnten zum Bewußtsein bringen, daß die Gerichte noch in der Lage und gewillt sind, die Freiheit des Willens innerhalb der gesetzlichen Schranken gegen eine Vergewaltigung zu schützen.“

Das Gericht hielt hiernach für den Angeklagten Rabe, der sich sogar nicht gescheut hat, in ebenso roher, wie feiger Weise sich an Arbeitskollegen tötlich zu vergreifen und der auch bereits wegen Diebstahls mit Gefängnis vorbestraft ist, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, für den Angeklagten Jurenka eine solche von zwei Wochen für durchaus angemessen.“

Das sind also die Gelden des „freien“ Holzarbeiterverbandes, welche den Emanzipationskampf des Arbeiterstandes mit durchsetzen sollen. Zur Zeit schwebt vor dem Bremer Gerichte noch eine Sache gegen mehrere Mitglieder des soziald. Holzarbeiterverbandes, die sich einige Tage nach diesem Vorfall, ebenfalls gegenüber Mitgliedern unseres Verbandes als Wegegänger gebärdeten. Erst ersucht man andersdenkende Arbeitskollegen brotlos zu machen, indem man um dretwillen in den Ausstand tritt und nutzt dieses nicht, dann muß eben die brutale Gewalt nachhelfen. Vor Scham in die Erde verkröchen müßte sich eine solche Organisation, die es fertig gebracht hat, derartige Elemente zu züchten. Doch auch der sozialdemokratische Terrorismus wird überwunden werden, wenn die christliche Arbeiterklasse sich ihrer Macht mehr bewußt wird und das manchmal zu Tage tretende Joch jener Freiheitshelden in kräftiger Weise abschüttelt.

Der christliche Textilarbeiterverband macht erfreuliche Fortschritte. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik über die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder betrug die Zahl der Mitglieder am 1. April 32458. Männliche Mitglieder zählte der Verband 22453, weibliche 8842. Heimarbeiter und Invaliden sind 1083 vorhanden. Am 1. Januar d. J. betrug die Mitgliederzahl noch 27828. Durch eine systematische Hausagitation wurden allein nicht weniger wie 3042 neue Mitglieder gewonnen.

Der 11. Verbandstag des soziald. Zentralverbandes der Glaser, der Oskern in Leipzig stattfand, hatte wohl als wichtigsten Punkt die Verschmelzung mit dem Holzarbeiterverbande auf der Tagesordnung. Trotz des lebhaften Föhrspruches seitens einiger Delegierten, wurde eine Verschmelzung mit 35 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Mitgliederzahl des Verbandes soll von rund 3000 im Jahre 1903 auf 5000 gestiegen sein. Die Fluktuation ist eine sehr starke. In der Berichtsperiode sind 4700 Mitglieder beigetreten und wieder 2400 ausgeschieden. Seit 1903 wurden 88 883 Mk. für Streiks verausgabt; eine Summe, die nicht zu hoch erscheint. Das Verbandsorgan verursachte in derselben Zeit bei einer Auflage von 6000 eine Ausgabe von 19 336,95 Mk. Die Redaktion und die Prepkommission mußte sich einige Angriffe wegen der Stellung des Organs zum „Vorwärtskonflikte“ gefallen lassen. Der Redaktion wurde die Genehmigung erteilt, im Jahr bis zu 300 Mk. für Mitarbeit auszugeben. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 2000 Mk. festgesetzt. Um der Zahlstelle Berlin die Anstellung eines Beamten zu ermöglichen, wurde derselben ein jährlicher Zuschuß von 1000 Mk. aus der Hauptkasse bewilligt. Der nächste Verbandstag findet in Nürnberg statt.

Unter der Krone Bebels befindet sich anscheinend der soziald. Fabrikarbeiterverband. In Annweiler in der Pfalz waren die Arbeiter eines Emailierwerkes, die größtenteils im soziald. Metall-, sowie Fabrikarbeiterverbande organisiert waren, ohne die Genehmigung ihrer Hauptvorstände in den Streit getreten. Während später der Metallarbeiterverband seine Mitglieder unterstützte, erhielten die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nichts. Die Streikenden wurden sich daher einig, daß zwei gewählte Vertreter Bebel in Berlin aufsuchen und

hier die Unterstützung erwirken sollten. Bebel entließ ihren Günstigen, freudestrahlend dampften die Auserlesenen und nach kürzerem Sträuben stellte dann auch der Vorstand 4000 Mk. zur Verfügung. So nach den Maßnahmen der Tagespresse der Gehörgang der Sache. Interessant ist, wieviel sklavensche Hölle die „freien“ Verbände spielen. Leitung derselben hat nicht mehr das Fest in der Hand, muß nach der Pfeife der soziald. radikalen Obergeordneten Mitunter wundern man sich dann über die geringe gewerkschaftliche Disziplin, welche die Massen zeigen, daß aber die Grablosigkeit gegenüber den politischen Phantasien der Folgen zeitigt, wird eben nicht begriffen.

Soziale Rundschau.

Gesellschaft für Soziale Reform. Vorstand und schuß hielten unter dem Vorsitz des Freiherrn v. D. am 4. Mai nachmittags und abends Sitzungen im für Sozialpolitik in Berlin ab. Zunächst erstattete der Sekretär Bericht über die aus Gelehrten und Arbeitssachverständigen bestehenden Studienkommission der Gesellschaft für Soziale Reform, die gegenwärtig England bereist, um Erfahrungen über das gewerbliche Einigungsweisen zu sammeln. Kommission ist überall von Behörden, Unternehmern, werkschaftsföhrern, Gelehrten und Politikern sehr freudig aufgenommen worden. Das Ergebnis ihrer Arbeit soll Grundlage für die Verhandlungen der 3. Generalversammlung der Gesellschaft dienen. Auf ihrer Tagesordnung stand einzigster Gegenstand: Die Verhütung von Arbeitskämpfen Rohlenbergbau; als Ort wurde Berlin bestimmt, als der Spätberst. Die Frage der Arbeitskammer, die Generalversammlung in Mainz im Herbst 1904 besprochen, wird einem weiteren Studium unterzogen. Als Aufgabe erachtete der Ausschuß die Unterstützung der Maßnahmen zur Regelung der Heimarbeit, und zwar hier ein besonderes, in den Regierungsplänen und Reichsanträgen mehr zurücktretendes Gebiet gewählt: Die der Organisation und der Lohnregelung; es wurde Kommission bestellt, die im Verein mit wissenschaftlichen verständigen und Interessenten zunächst ein möglichst umfassendes Material sammeln soll. Die Gesellschaft wird nun um zehn Delegierte zur 4. Generalversammlung der nationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz auf die Tagung findet Ende September d. J. in Genf eingeladen werden: Gewerbliche Giste, Nachtarbeit der Frauen, Maximalarbeitszeit, Heimarbeit, ausländische Arbeiter in der Sozialversicherung. An Stelle des verstorbenen Dr. M. Hirsch wurde Abgeordneter Goldschmid-Berlin Delegierten gewählt. Um die verschiedenen Richtungen Korporationen, die sich der Gesellschaft angeschlossen haben neuerdings sind z. B. der Verband Deutscher Handlungshilfen (Leipzig), der Werkmeisterverband, der Deutsche Beamtenverein, der Deutsche Techniker-Verband, der Verband der technischen industriellen Beamten usw. beigetreten - berücksichtigen zu können, soll die Anzahl der Mitglieder Vorstand und Ausschuß vermehrt werden; dazu bedarf Statutenänderung durch die Generalversammlung. Vor großen Kategorien der Arbeiter, kaufmännischen Gesellen, technischen Privatangestellten sind jetzt durch ihre Vorkämpfer der Gesellschaft: Gewerkschaften, Gewerksvereine, Arbeitsschutz mit rund 550 000 Mitgliedern, Handlungsgehilfen mit rund 280 000 Mitgliedern, Vereine technischer Privatangestellten mit rund 80 000 Mitgliedern, insgesamt über 900 gewerbliche Arbeiter, kaufmännische Gesellen und technische industrielle Beamte.

Briefkasten.

Berichte aus Meschede, Mähldorf, Bensheim, Berchtesgaden, (Tep.) Eszert, Schönlanke, Hildesheim und Baal für die nächste Nummer zurückgestellt werden. Nach Worms und Mühlhausen (Th.) Das Streikgeschrei der roten Parteipresse ist nicht zu tragisch zu nennen, da gewisse Zintenkuris in deren Redaktionsstuben eben von sich auf andere schließen.

Versammlungs-Anzeiger.

- Versammlungen finden statt
- Augsburg 3. 6. 10 Uhr im Gasthof zum Paritätswirt.
- Alteneffen 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Krone.
- Berchtesgaden 3. 6. Zum goldenen Bären.
- Bomburg 3. 6. 10 Uhr, Brauerei Wöttinger.
- Boschum. (Stellmacher). 1. 6. 8 1/2 Uhr bei Menze.
- Bohrungen 27. 5. 8 Uhr, „Stadt Bremen“, Langestraße.
- Bremen. Sektion I. 2. 6. 9 Uhr, Rest. Eichenhof.
- Bresheim 2. 6. im kath. Gefellenhaus, Schulgasse 1.
- Bruchsal 2. 6. 8 1/2 Uhr im Vereinshaus Bruchsalia.
- Braunschweig 2. 6. 8 1/2 Uhr, in der Reichshalle, Reichenstr. 36.
- Coeln 3. 6. 11 Uhr bei Severin, Fruchtmarkt.
- Crefeld 3. 6. 11 1/2 Uhr, Rest. zur Reichshalle, Kurze Straße.
- Eisen-Schneise 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Schneider, Venloerstraße.
- Eöln-Lapez u. Saitler 2. 6. 9 Uhr bei Wippertfürth, Frierleinstr. 33.
- Eöln-Nippes 3. 6. 11 Uhr, Ecke Farm- und Einheitsstraße.
- Greve 27. 5. 11 1/2 Uhr bei Dreier.
- Heidfeld. St. 5. 9 Uhr, Restauration Kleinherne.
- Helm 2. 6. 9 Uhr bei Fritz Rages, Mathildenstraße.
- Hilwen 3. 6. 11 Uhr, Hotel Sternemann.
- Hallein 2. 6. 5 Uhr, im Weimingschen Lokale.
- Havel-Berg (Schweig). 2. 6.
- Hilzen 2. 6. 11 Uhr, bei Lorenz Klingenberg, Philippstr.
- Hilborn 3. 6. 5 Uhr, Wirt Hubert Hilgers.
- Hilpingen 26. 5. 8 Uhr, in Kugels Kemer Saal.
- Essen (West). 31. 5. 8 1/2 Uhr, bei Wirt Gerber, Ecke Hufmann- und Grenzelerstraße.
- Eustirchen 3. 6. 11 Uhr, Gottfried Schrörs, Hühnerstraße.
- Freiburg 29. 5. 8 1/2 Uhr, Gasthaus zum Auerhahn.
- Freiburg i. B. 2. 6. 8 1/2 Uhr, Gasthof zum Hirschen.
- Freiburg i. B. Zap. u. Saitl. 30. 5. 8 1/2 Uhr, zur guten Quelle.
- Freising 3. 6. 10 Uhr, Gasthof zum Ziegelmühl.
- Franckfurt 2. 6. 8 1/2 Uhr im Stadthaus, Daberstraße.
- Goch 27. 5. 11 Uhr, bei Knops, Mälderstrasse.
- Gombard 2. 6. 8 Uhr, Restauration Ring.
- Gräfelfing 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Ditzel, Elisabethplatz.
- El-Sacken (Schweig) 2. 6. 5 1/2 Uhr, Rest. Klosterhof.
- Glacava 3. 6. 11 Uhr, Peter Horpold, Kirchplatz 1.

- Göppingen 29. 5. 7 1/2 Uhr, Gasth. zum weißen Kof, Poststr.
- H-Slabbach 2. 6. Total Geraths, Wilhelmstraße.
- H-Slabbach 2. 6. 9 Uhr, Restaur. Scheyer, Kirchstraße.
- Sachsen 3. 6. 2 Uhr, bei Podchowial, Lorenzstraße 27.
- Sannover 2. 6. 8 1/2 Uhr, im Arbeiterverein, Zimmer 3.
- Serne 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Witwe Stemberg, Bahnhofstraße.
- Serford 29. 5. 6 Uhr, Turnhalle Herrn Keder.
- Sagen 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Wirt Bremer, Hochstraße 72, gegenüber dem Sandgericht.
- Schöft a. M. 2. 6. 8 1/2 Uhr, Gasthaus zum Bären.
- Schornborn 2. 6. 8 Uhr, Wirt Langhoff.
- Schweidheim 2. 6. 8 1/2 Uhr, Braunschweiger Hof, Scheelenstraße.
- Simm 3. 6. 11 1/2 Uhr, Gasthof Höhe.
- Siebelburg 3. 6. 4 1/2 Uhr bei Johann Römer, Minervastraße.
- Sierlohn 3. 6. 11 1/2 Uhr, im Lokale Wefel, Karrenstraße.
- Siekerlauer 2. 6. 8 1/2 Uhr, bei Cicuis, am Markt.
- Sonstanz 2. 6. 8 1/2 Uhr, im Eshelhof.
- Sorsruhe 2. 6. 8 1/2 Uhr, Palmgarten, Herrenstraße 34.
- Soll 26. 5. 8 1/2 Uhr bei Wippenhohn, Hauptstraße.
- Sudwigshafen 2. 6. 8 1/2 Uhr, Metz, Kaiser Wilhelmstraße.
- Suzern (Schweig) 2. 6. Hotel „Bad“, oberes Lokal.
- Süßen 3. 6. 4 Uhr bei Herrn Schwente, Kaiserstraße 3.
- Sippstadt 2. 6. 8 1/2 Uhr bei Wirt Schröder, Badeghaus.
- Söhne 3. 6. 5 Uhr, Hotel zur Post.
- Sippinge 3. 6. 4 Uhr, Gastwirtschaft Langlau.
- Sengries 2. 6. 7 1/2 Uhr, Weibhiebbräuererei.
- Sauheim 3. 6. 2 1/2 Uhr, Vereinshaus zum Raben.
- Saup h. Nürnberg 3. 6. 7 Uhr, im Hirsengarten.
- Sau. 3. 6. 3 Uhr, Gasthaus Franz Brandl.
- Schwäb. (Eifel) 3. 6. 12 Uhr bei Pape, Clemensstraße.
- Schiffhausen i. Th. 2. 6. 8 1/2 Uhr, im Kronprinz.
- Magdeburg 2. 6. 8 Uhr, im St. Josephshaus.
- Schiffheim (Ruh) 3. 6. 11 Uhr, im christl. Gewerkschaftshaus.
- Schiffheim (Rhein) 27. 5. 11 Uhr, bei Siebert, Frankfurterstr.
- Mähldorf 3. 6. morgens 4/10 Uhr, Gasthaus zum Kranich.
- Neustadt (Baden) 3. 6. 2 Uhr, Gasthaus zum Hirschen.
- Neustadt (Weßrh.) 3. 6. 2 Uhr, Alceders Hotel.
- Neustadt (Schl.) 3. 6. Ww. Bartsch, obere Mühl- und Glodn-straße 2c.
- Neu-Jensenburg 2. 6. 8 1/2 Uhr, im Darmstädter Hof.

- Osabrück 3. 6. 11 Uhr, Restaurant Star, Johannisstr.
- Oschnhausen 29. 5. 7 Uhr, Lokal Karl Wads, Wilhelmstraße.
- Quatenbrück 3. 6. 11 Uhr, im Arkandenhof, am Markt.
- Posen 29. 5. 1/2 Uhr bei Jagowial, Kronprinzstraße 1.
- Ratzen 2. 6. 9 Uhr bei Weihen, Rosenstraße 7.
- Rattenscheid 2. 6. 8 1/2 Uhr, Wirt Pagels, im Treppchen.
- Rath 3. 6. 11 1/2 Uhr, bei Ww. Hilben, Kaiserstraße.
- Rheine 2. 6. 9 Uhr, Ww. Fuß.
- Rosbach (Schweig) 2. 6. 8 Uhr, Restaurant Bavaria.
- Stutgart 2. 6. 8 1/2 Uhr, im Handwerkerhaus, Gerberstraße.
- Soffenheim 3. 6. 8 Uhr, Gasthaus zum Launus.
- Schwemingen 2. 6. 8 Uhr, zum Löwen.
- Spaltingen 2. 6. 8 Uhr, Neue Post.
- Stiele 3. 6. 11 Uhr, bei Ww. Rahmann am Markt.
- Straubing 3. 6. 1 Uhr im Wäandener Hof.
- Starnberg 3. 6. 8 Uhr im Stadlhochhof.
- Söllingen 2. 6. 8 1/2 Uhr, Witwe Gelmacher, Südwahl.
- Steinheim (Westf.) 2. 6. 4 1/2 Uhr, Gastwirt Schriegl.
- Teutlingen 2. 6. 9 Uhr, zum grünen Baum.
- Teltitz 3. 6. 11 1/2 Uhr bei H. Fruchtenhaus, Steinstraße.
- Ulm 2. 6. 10 Uhr, Gasthaus Germania, Zeitblomstraße.
- Ulsen 1. 6. 8 1/2 Uhr, bei Frau Jelling.
- Ulfers 3. 6. 11 Uhr, Kartellversammlung bei Kesselburg.
- Wohwinkel 2. 6. 8 1/2 Uhr, Hotel zur Krone.
- Werkfen 2. 6. 8 1/2 Uhr, bei Wirt an der Weiche.
- Wörth 2. 6. 8 Uhr, Herrn Bürgermeister Alois Jengel.
- Wanne 2. 6. 8 1/2 Uhr, bei Joseph Frants, Schulstraße 6.
- Wärzburg 3. 6. 10 1/2 Uhr, im Stern, Domstraße.
- Werden (Ruh) 2. 6. 8 1/2 Uhr, Wirt Rimmestamp, Rührh.
- Wiedensbrück 2. 6. 9 Uhr, bei Gastwirt Fröglid.
- Würgassen 3. 6. 4 1/2 Uhr, Gastwirt Kaiser.
- Weeze 29. 5. 8 1/2 Uhr bei Janzen am Markt.
- Wesel 3. 6. 11 Uhr, Restaurant Schmitz, Kornmarkt.
- Worms 2. 6. 8 1/2 Uhr, im roten Kopf, Farberrgasse.
- Wald 3. 6. 11 Uhr, bei Hammesfaher, Kaiserstraße.
- Wärd (Schweig) 2. 6. im Schühengarten.
- Zuffenhauften 28. 5. 8 1/2 Uhr Zum Döhen.
- Zoppot 3. 6. 4 Uhr im Zoppotterhof, Pommereschestraße 10.

Verantwortl. Redakt. ur: J. B. Carl Jansen, Köln
Druck von Heinrich Weibing, Köln